



DAS SEVILLA-MANIFEST



European Trade Union Confederation (ETUC)
Confédération européenne des syndicats (CES)



DAS SEVILLA-MANIFEST

Angenommen vom EGB-Kongress, Sevilla, 21.-24. Mai 2007

Der EGB setzt sich weiterhin nach allen Kräften für „mehr“ Europa und ein „besseres“ Europa ein; ein Europa, das eine Integration auf der Grundlage von Rechten und Werten wie Frieden, Freiheit, Demokratie, Grundrechte, Gleichberechtigung, nachhaltige Entwicklung, Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit, sozialer Dialog, Minderheitenschutz, universeller und gleichberechtigter Zugang zu hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen impliziert, sowie eine erfolgreiche Wirtschaft, die den sozialen Fortschritt und sichere Beschäftigung unterstützt. Von besonderer Bedeutung sind wirksame Maßnahmen, um die ursprünglichen Ziele von Lissabon - Wachstum, ökologischer Fortschritt und sozialer Zusammenhalt - im Gleichgewicht zu halten. Dieses Gleichgewicht wird ohne ein erneutes Engagement für das Soziale Europa abhandeln kommen. Und Europa muss etwas unternehmen, um dem Wettstreit der Mitgliedsstaaten um niedrigere Steuersätze – insbesondere Unternehmenssteuern – und einen geringeren Sozial- und Beschäftigungsschutz entgegen zu treten. Nur so können wir ein Abrutschen in den ruinösen Wettbewerb der Systeme verhindern.

Der Sevilla-Kongress ist deshalb für den EGB ein neue Phase auf dem Weg zu einer stärkeren, einflussreicheren Organisation mit größerem Zusammenhalt, die für die Interessen der Arbeitnehmer in Europa und der Welt noch wirksamer eintreten muss. In die Offensive gehen erfordert eine Organisation, die kritik- und mobilisierungsfähig und zugleich konzeptions-, verhandlungs- und aktionsfähig ist. Das Wesentliche an der Aufgabe, unsere Offensive effektiv und produktiv zu gestalten, besteht daher in der Stärkung des europäischen Gewerkschaftsstrukturen und der Kapazitäten des EGB.

Eine Offensive ist notwendig. Der EGB ist mit beachtlichen Herausforderungen im politischen, ökonomischen, ökologischen und sozialen Bereich konfrontiert. Diese Herausforderungen sind komplex. Doch angesichts früherer Herausforderungen, denen sich unsere Vorgänger erfolgreich gestellt haben (darunter Massenarbeitslosigkeit und Armut, Kriegsverwüstungen und Neuaufbau in der Nachkriegszeit, Friedensschaffung und -erhaltung seit 1945 sowie die spätere Überwindung von Diktaturen und die Wiedervereinigung Europas), dürfen wir niemals an der Fähigkeit unserer Generation zweifeln, unsere Herausforderungen zu bewältigen. Worin bestehen diese?

Im politischen Bereich sprechen alle Anzeichen dafür, dass die Begeisterung für die Europäische Union in so manchem Land zurückgegangen ist und dass es immer mehr Skepsis über die Schaffung eines stärkeren, besser integrierten Europas gibt. In den Augen einiger Gewerkschaften gilt Europa in der Tat fast schon als Spitzenreiter, was die negativen Auswirkungen der Globalisierung angeht. Dies wird daran festgemacht, dass Arbeitsplätze an billigere Standorte abwandern, und oftmals Menschen einwandern, die bereit sind für weniger Geld zu arbeiten als die lokale Bevölkerung. Die Folge ist, dass nach und nach eine öffentliche Stimmung entsteht, die tendenziell empfänglicher für vereinfachende nationalistische und protektionistische Rhetorik macht als für die wesentlich komplexeren Prozesse zur Stärkung der europäischen Integration. Was sich parallel dazu abzeichnet, ist eine geringere Bereitschaft, die Vorteile der Globalisierung ebenso wahrzunehmen wie die Nachteile.

Im wirtschaftlichen Bereich: Die Arbeitslosigkeit ist in vielen Ländern nach wie vor hoch, natürlich hat es in jüngster Zeit auch willkommene Verbesserungen gegeben, allerdings sind doch viele der neuen Arbeitsplätze prekär und schlecht bezahlt. Darüber hinaus ist der Reallohnzuwachs in einigen Schlüsseländern vernachlässigenswert gering. Überhaupt ist der Anteil der Löhne und Gehälter am Bruttoinlandsprodukt in nahezu allen einkommensstarken Ländern zurückgegangen. Ganz offensichtlich gibt es unter den Finanzinvestoren auch einen rasanten Trend zum „Short-Termism“: Private Equity, Hedge Fonds und ähnliche Anlageformen zeigen, dass die Investoren Unternehmen in erster Linie als Spekulationsobjekte behandeln, statt Investitionen in neue Produkte, neue Dienstleistungen, hohe Produktivität und nachhaltige Technologien zu tätigen. Während die Europäische Zentralbank mit ihren Regeln für den Euro Kontrolle über die makroökonomische Politik ausübt, kämpft Europa um Wachstum, um mit den aktuellen und zukünftigen Wirtschaftsmächten der Welt Schritt halten zu können.

Was die Umwelt betrifft, so sind sich die Bürger Europas in besonderer Weise der Bedrohungen der weltweiten Klimaerwärmung bewusst. Doch bis dato entsprechen die Bemühungen der europäischen Behörden zu deren Bekämpfung nicht dem Ausmaß dieser Herausforderung. Europa sollte bei der Lösung dieser Probleme eine Vorreiterrolle übernehmen; auf manchen Gebieten, wie der Chemikaliengesetzgebung, tut es das. Ein Fortschritt auf europäischer Ebene wurde bei der Ausweitung der erneuerbaren Energiequellen erzielt. Doch im Allgemeinen gibt es zwischen den Mitgliedsstaaten große Unterschiede und auf europäischer Ebene



zu wenig konzentrierte Aktionen. Deregulierung ist in der Europäischen Kommission zurzeit eines der vorherrschenden Themen, und das erschwert Fortschritte in Umweltfragen.

Auch das soziale Europa hat unter dem alles bestimmenden Glauben an die Deregulierung gelitten. In den vergangenen vier Jahren wurden praktisch keine gesetzlichen Maßnahmen zum Schutz der europäischen Arbeitnehmer realisiert. Die Mehrheit der Kommissionsmitglieder, die meisten Arbeitgeber und einige Mitgliedsstaaten, haben dem Fortschritt in Sachen Arbeitszeit und Zeitarbeit gemeinsam einen Riegel vorgeschoben. Zeitweise haben einige Regierungen sogar bezweifelt, dass es überhaupt ein Soziales Europa gibt –wobei sie die ca. 60 gesetzlichen Maßnahmen außer Acht ließen, die bereits zu den Themen Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, Europäische Betriebsräte, Gleichstellung, Information und Anhörung verabschiedet wurden. Stattdessen haben sie behauptet, dass Europa keine soziale Dimension braucht und dabei leichtsinnigerweise vergessen, wie unverzichtbar die Unterstützung der Bevölkerung für das Vorhaben „europäische Integration“ ist.

Das Ergebnis ist, dass Europa mittlerweile schwere Schäden davon getragen hat. In früheren Jahren ist das soziale Europa für ein erfolgreiches Europa maßgebend gewesen. Das muss es wieder werden und der Strategie- und Aktionsplan des EGB ist dafür richtungweisend.

Der EGB plant, in fünf zentralen Bereichen in die Offensive zu gehen:

FÜR EINEN EUROPÄISCHEN ARBEITSMARKT:

- Mehr und bessere Arbeitsplätze und Vollbeschäftigung;
- Europäische Standards in Bereichen wie Arbeitsbedingungen, Gewerkschaftsrechte sowie Arbeits- und Gesundheitsschutz;
- Bekämpfung und Umkehrung des wachsenden Trends zu prekärer Beschäftigung;
- Kampagnen zur Erhöhung von Mindestlöhnen – und reale Lohnerhöhungen für die Arbeitnehmer in Europa;
- Eliminierung der Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen Priorität geben;
- Kampf gegen Standortverlagerungen, Verhandlungen über Umstrukturierungen fördern und Bereitstellung eines stärkeren Rahmens für Informationen, Konsultationen und Mitbestimmung, der unabhängige Experten mit einbezieht;
- Ständige Förderung der Gleichberechtigung und Gleichstellung, kontinuierlicher Kampf gegen Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit;
- Kampf um bessere Rahmenbedingungen für die Mobilität der Arbeitnehmer Europas auf der Grundlage des Gleichbehandlungsprinzips;
- Förderung einer pro-aktiven Migrationspolitik, Öffnung von legalen Wegen für Migration und Bekämpfung der Ausbeutung von Migranten, einschließlich illegaler Migration;
- Kampagne für das Recht der Gewerkschaften, Streikaktionen auf transnationaler Ebene durchzuführen;
- Auseinandersetzung mit der Flexicurity-Debatte, um sie denjenigen aus der Hand zu nehmen, die den Abbau des Beschäftigungsschutzes und die Kürzung der Arbeitslosenunterstützung anstreben;
- Förderung einer besseren sozialen Sicherung und Förderung von Sozialstaaten mit umfassenden Dienstleistungen für Mindesteinkommen, Renten, Gesundheit, Langzeitpflege, lebenslanges

Lernen, Kranken- und Arbeitslosengeld, einer aktiven Arbeitsmarktpolitik und Kinderbetreuung, sowie Fördermaßnahmen für den Umgang mit der alternden Bevölkerung Europas;

- Einsatz für die Überarbeitung der Richtlinien zur Arbeitszeit (Beendigung des Opt Outs), den Europäischen Betriebsräten und der Entsenderichtlinie sowie für eine Leiharbeitsrichtlinie.

PFÜR DEN SOZIALEN DIALOG, TARIFVERHANDLUNGEN UND ARBEITNEHMERBETEILIGUNG:

- Förderung eines hochwertigeren sozialen Dialogs und eines Verfahrens zur Streitbeilegung auf europäischer Ebene;
- Intensivere Erwägung von Verfahren zur Entwicklung und Koordination von Tarifverhandlungen auf europäischer Ebene, einschließlich der sektoralen Ebene, grenzübergreifend und auf transnationaler Unternehmensebene und Unterstützung der Arbeit der Europäischen Gewerkschaftsverbände;
- Stärkung der Tarifverhandlungen in Europa zur Verbesserung der nationalen Verhandlungsbedingungen und zur Beendigung von „beggar my neighbour“ Tendenzen;
- Entwicklung besserer Bedingungen für die Europäischen Betriebsräte und Förderung der Arbeitnehmerbeteiligung;
- Kampagne zur Erreichung wesentlich höherer Corporate Governance Standards, ausgehend von der Anerkennung der Belange aller Interessensgruppen, nicht nur der Aktionäre, sowie für eine stärkere Verpflichtung der Unternehmen zu einer wirklichen sozialen Verantwortung;
- Umfassendere Darstellung und Bekämpfung des „Kasino-Kapitalismus“ und „Short Termism“ durch Besteuerung, Regulierung und Mitbestimmung.

FÜR EINE EFFEKTIVERE WIRTSCHAFTLICHE, SOZIALE UND ÖKOLOGISCHE GOVERNANCE IN EUROPA:

- Neubelebung der Lissabon-Strategie und dringende Neudefinition ihrer Aufgabe und Stellung in der europäischen Politik;
- Entwicklung eines makroökonomischen Rahmens, der zu mehr Wachstum und Innovation beiträgt, ein flexibleres Inflationsziel nutzt und auf einen wachstumsfreundlichere Wechselkurspolitik abzielt;
- Förderung einer effektiven Koordination der Steuerpolitik;
- Bereitstellung eines größeren EU-Haushalts, besonders für die Erweiterung und die Unterstützung der Solidarität zwischen den Regionen und Ländern;
- Ausbau von leistungsfähigen öffentlichen Diensten innerhalb eines neuen europäischen Rahmens;
- Entwicklung von Produktions- und Innovationsstrategien, einschließlich nachhaltige Technologien, hohe Produktivität, hoch qualifizierte Arbeitskräfte, Anerkennung der weiterhin hohen Bedeutung der europäischen Industrie, deutliche Anhebung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung und eine bessere Regulierungsagenda, die nicht nur auf wirtschaftlichen, sondern auch auf sozialen und ökologischen Kriterien basiert;
- Förderung eines nachhaltigeren Europas durch „intelligente“ Wachstumsstrategien, differenzierte Produktions- und Konsummodelle, Einhaltung der Kyoto-Ziele über Kohlendioxidemissionen und die Einbeziehung von Umwelt- und Energiethemata in die gewerkschaftliche Agenda.

FÜR EINE STÄRKERE EU DURCH:

- Verteidigung der Substanz des Verfassungsvertrags insbesondere der Grundrechte-Charta und der Rechte der Gewerkschaften auf Vereinigung und Streik;
- einen positiven Ansatz zur Erweiterung in Richtung Balkan und Türkei auf Basis der vollständigen

Erfüllung der Anforderungen für die EU-Mitgliedschaft und der Realisierung von Grundrechten, einschließlich der Gewerkschaftsrechte; eine großzügige Nachbarschaftspolitik in Bezug auf Osteuropa und den Mittelmeerraum und durch Kooperation mit den anderen Regionen der Welt;

- ein Handelspolitik, die die Achtung von Rechten und IAO-Standards beinhaltet, die Schaffung von Arbeitsplätzen in Europa fördert, dem Einsatz des Handels zur aggressiven Liberalisierung in den Entwicklungsländern entgegenwirkt und eine stärkere Übereinstimmung zwischen Handelspolitik und Entwicklung und sozialen und ökologischen Zielen anstrebt;
- eine Außenpolitik, die auf der Verteidigung des Friedens basiert, die UNO und ihre Verfassung anerkennt, Respekt für die Rechtsstaatlichkeit, die Verwendung von „soft power“ zur Förderung von Demokratie und Menschenrechten, und die eindeutige Verurteilung des Terrorismus;
- die Entwicklung einer originären gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik.

FÜR STÄRKERE GEWERKSCHAFTEN UND EINEN STÄRKEREN EGB:

- Entwicklung einer Organisationsstrategie, mit deren Hilfe die dem EGB angeschlossenen Gewerkschaften ihre Mitgliederzahl erhöhen können;
- Ausbau eines stärkeren EGB, der besser in der Lage ist, Kampagnen durchzuführen und mehr Solidarität zu fördern;
- Zusammenarbeit mit dem IGB und seinem paneuropäischen regionalen Rat sowie mit der Global Unions und des TUAC zum Ausbau einer gewerkschaftlichen Organisation mit größerem Zusammenhalt und weltweitem Einfluss.



European Trade Union Confederation (ETUC)
Confédération européenne des syndicats (CES)

Boulevard du Roi Albert II, 5
1210 Brussels
Tel + 32 2 224 04 11
Fax + 32 2 224 04 54/55
E-mail : etuc@etuc.org

www.etuc.org